

Verantwortlicher Redakteur: S. Rosner in Stettin.  
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Name im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Wochenblatt 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Schulstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler,  
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin. Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld. W. Thienes, Greis-  
wald G. Illies, Halle a. S. Jul. Rarck & Co. Hamburg  
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens,  
Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat Juni auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

### Der Streik in den Kohlen-Revieren.

Gelsenkirchen, 28. Mai. Der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat, wie bereits telegraphisch gemeldet, in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Zechenverwaltungen zu empfehlen: den noch streikenden Bergleuten, soweit dies nicht bereits geschehen ist, einen Termin für die Wiederaufnahme der Arbeit zu setzen, mit der Vereinbarung, daß diejenigen Arbeiter, welche die Arbeit an dem gesetzten Termin nicht wieder aufgenommen haben werden, als der Belegschaft nicht mehr angehörig werden erachtet werden. Die Festsetzung dieses Termins wird den Zechenverwaltungen überlassen; derselbe soll sich nach Ansicht des Vorstandes jedoch zweckmäßig nicht über den 31. d. M. hinaus erstrecken. Im Uebrigen wird es für selbstverständlich erachtet, daß die Zechenverwaltungen betreffs derjenigen Bergleute, welche bereits angestrichen sind, oder bis zu dem von den Verwaltungen festgesetzten Termin die Arbeit wieder aufgenommen haben werden, sich an die Erfüllung ihres Verhältnisses nach 18. d. M. auch ferner gebunden halten werden.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft hat bereits aus ihren Gruben durch Anschlag bekannt gegeben, daß diejenigen Arbeiter, welche bis zum 29. d. M. die Arbeit nicht wieder aufgenommen, sich als abgelehnt zu betrachten haben, und daß diejenigen Arbeiter, welche in Zechenhäusern wohnen, bei Arbeitsverweigerung die Wohnung zu räumen haben.

Seit Sonntag sind die Wirtshäuser von 8 Uhr Abends wieder geschlossen und der Brauntweinverkauf untersagt. Die für heute nach hier einkaufende Versammlung der Delegierten der Bergleute aus dem Kreis Gelsenkirchen ist auf Grund des Sozialistengesetzes verboten.

Der Verhaftung des Zentralstreikkomitees und einer großen Anzahl von Deputierten sind bereits weitere Verhaftungen gefolgt. In der Redaktion der „Westfälischen Volkszeitung“ wurde Hausdurchsuchung gehalten und die gesammelten Untersuchungsakten beschlagnahmt. Gestern Morgen ist eine bei der Versammlung abgehaltene Versammlung von ca. 1000 Mann durch Militär und Gendarmen gesprengt worden. Eine baldige vollständige Beendigung des Streiks ist in Anbetracht des entschiedenen Vorgehens der Behörden und Zechenverwaltungen bestimmt zu erwarten, zumal da die Streikenden ihrer Forderungen beraubt sind und auch auf pekuniäre Unterstützung kaum mehr rechnen können.

In Rure wurde am 27. Mai folgendes durch Ertrabatt bekannt gemacht: „Nach reiflicher Überlegung haben wir beschlossen, die Arbeit morgen, den 28. Mai wieder aufzunehmen. Wir bitten die Kameraden, ein Gleiches zu thun, wir werden auch selber anführen. Die Kameraden werden um Aufrechterhaltung der Ruhe gebeten. Rure, den 27. Mai 1889. Das Streik-Komitee. Mohr, Brackmann, Christ, Klein, Milbert, Reichenhof, Schwabach, Hüßmann, Demmerich, Stott, Klose, Schöneberg, Kister, Schulte, Vagades.“ Die Delegierten gehören den Belegschaften der Zechen „Charmont“, „Providence“, „Barillon“, „Friedrich der Große“, „Mont Cenis“ und „Körthagen“ an.

Unter den Forderungen, die im westfälischen Bergmannsstreik eine Rolle spielten, befand sich auch die nach einer besseren Einrichtung der bei der sogenannten „Kau“, dem Vermarktungslokal der Leute, vorhandenen **Verordnungen**. Wohl wenige der Leser haben diese Verordnungen jemals gesehen. Sie bestehen in der Regel aus großen Rufen, ausgemauert oder aus Holz. Nach beendeter Schicht sind die Leute in der Regel auf eine ganz geringe Anzahl solcher Rufen angewiesen, und diese müssen daher stets von einer großen Zahl zu gleicher Zeit benutzt werden, so daß das ablaufende Wasser eine schwärzliche Färbung erhält. Es ist wirklich haarfrärend, schreibt man der „Samur. Bzg.“, hier die ganze Belegschaft vom zartesten Säuglingsalter bis zum bejahrtesten Bergmann zitternd zusammengebracht zu finden. Wenn man so das Sittlichkeitsgefühl der Arbeiter schon in der frühesten Jugend untergräbt, hat man kein Recht, sich später über die Missethät der Leute zu beschweren. Solche Zustände sind beschämend für die viel gerühmte Zivilisation des 19. Jahrhunderts, besonders wenn man bedenkt, mit wie geringen Mitteln Abhilfe geschafft werden könnte. Den Arbeitern muß man es geradezu zur Ehre anrechnen, daß sie die Befreiung solcher Zustände erstreben, und daß sie diese Forderungen der materiellen um eine Vervollständigung vorantreiben.

### Deutschland.

Berlin, 29. Mai. Der Bundesrath hat in seiner heute stattgefundenen Sitzung einen Antrag der Ausschüsse für Zoll und Einnahmen und für Handel und Verkehr, betreffend die **Erneuerung des Alkoholgehalts des zur Feuerzwecke Abfertigung gelangenden Brauntweins** angenommen. Nach dem letzteren soll einmal von 1. Juli ab eine „Anleitung zur Ermittlung des Alkoholgehalts im Brauntwein“ in Kraft treten. Diese Anleitung bestimmt generell, daß die feueramtliche Ermittlung des Alkoholgehalts der Mischungen von Alkohol und Wasser (Brauntwein u.), sofern nicht einer der nachstehenden angeführten Ausnahmefälle vorliegt, in der Art zu erfolgen habe, daß durch Verwiegung des Nettogewichts des Brauntweins bestimmt und aus diesem nach Feststellung der wahren Stärke des Brauntweins mittelbar der in dem Brauntwein befindliche Alkoholgehalt ermittelt wird, ohne daß eine Feststellung der vorhandenen Alkoholmenge an Brauntwein erfolgt. Falls hierbei das Nettogewicht des Brauntweins nicht in anderer Weise ermittelt werden kann, soll dasselbe

mit Hilfe einer Normalkara berechnet werden. Bei Flüssigkeiten von besonders geringem Alkoholgehalt tritt an Stelle des Thermo-Alkoholometers der Entperprober. Ausnahmen von der vorbeschriebenen Ermittlungsart finden nur statt: 1) soweit für bestimmte Abfertigungen die Ermittlung der Alkoholmenge Brauntweins (nicht reinen Alkohols) aus dem Nettogewicht und der wahren Stärke vorgeschrieben ist; 2) für die Abfertigung nicht vollständig gefüllter Gebinde unter Anwendung der Normalkara; 3) für die Abfertigung von nicht verpacktem Brauntwein in Flaschen; 4) für die Abfertigung von verpacktem Brauntwein, Fruchtweinen und dergleichen; 5) für die Bestandsaufnahmen, bei welchen die Vereinigung der Bestände nicht angängig ist, und für ähnliche Fälle. Für diese Ausnahmefälle sind in der Anleitung besondere Bestimmungen getroffen. Sodann sollen nach dem Antrage der Bundesrathsausschüsse die Formulare der Anmeldungen zur Denaturierung von Brauntwein, welche für alle Gewerbetreibende u. s. w. in Anschluß der Eßigfabrikanten und für die letzteren verschieden gestaltet sind, sowie des Kontenbuchs über Zugang und Abgang an denaturirtem Brauntwein durch neue, abgeänderte ersetzt werden. Außerdem soll das Regalitat, betreffend die Steuerfreiheit des Brauntweins zu gewerblichen u. Zwecken dahin abgeändert werden, daß nicht wie bisher Brauntwein, welcher einen Alkoholgehalt von weniger als 80 Prozent Tralles hat, sondern solcher, welcher eine wahre Stärke von weniger als 73 Gewichtprozent hat, von der Denaturierung ausgeschlossen ist und dementsprechend den Eßigfabrikanten gestattet wird, Brauntwein von einer geringeren wahren Stärke als 73 Gewichtprozent, und zwar bis zu 30 Prozent herab, denaturiren zu lassen. Schließlich sollen in den Bestimmungen, betreffend die Statistik der Brauntwein-Vermerkmale und der Brauntweinbesteuerung, einige Aenderungen eintreten.

Der Besuch des Kaisers in Mainz ist nach der „Köln. Bzg.“ demnächst zu erwarten. Der Kaiser wird dort mit dem Großherzog von Hessen zusammentreffen und eine große Truppenbesichtigung abhalten. Wahrscheinlich wird der Kaiser von Mainz aus auch Wiesbaden besuchen, um wegen des Platzes für den Theater-Neubau Entscheidung zu treffen. Dem Kaiser wird in Mainz jedenfalls der feierliche Empfang bereitet; für den Fall, daß der Aufenthalt einigermaßen zu läßt, soll derselbe u. a. auch in einer Reisefahrt mit Aufbruch zahlreicher Dampfer und Beleuchtung der Kanäle am Rhein, in einem großartigen Schauspiel eingeladen werden, welches seit der Hofeinführung in Mainz und der Festfahrt des kaiserlichen Bismarckshaus-Kongresses noch in der Erinnerung lebt.

König Humbert hat dem hiesigen **italienischen Hilfsverein** (Società Italiana di mutuo soccorso e beneficenza di Berlino) durch die hiesige italienische Botschaft ein Geschenk von 200 Lire überreicht, welches, auf Veranlassung des Grafen de Cambray, der Präsident des Vereins, Dr. Biotti, gestern abgehoben und der Vereinskasse zugeführt hat. Dem **Polizeipräsidenten** hat der König von Italien in Anerkennung des Pflichterfüllens der Schutzmannschaft ebenfalls die Summe von 2000 Lire zur Verfügung an die während der Festlichkeiten thätig gewesenen Gensdarmen überreicht.

Eine französische technische Zeitschrift enthält die Mitteilung, die **Yonzer Gasgesellschaft** befindet sich augenblicklich in einer peinlichen Lage, da seitens der deutschen Kohlengruben, welche vertragsgemäß für Lieferung des Kohlenbedarfs zu sorgen hätten, in Folge Ausbruchs der deutschen Arbeiterzustände keine Kohlentransporte mehr zur Beförderung gelangen. Das Fachblatt klagt hieran die Erwartung, daß man durch Abhilfe mit französischen Gruben rechtzeitig auf Vorratung der gegenwärtigen Nothlage Bedacht genommen habe. „Es ist wahrhaft himmelfallend — so kommentirt der „Bzg.“ diese Mitteilung —, daß eine Stadt, wie Lyon, durch die Arbeiterzustände in Deutschland der Gefahr ausgesetzt ist, in Finsternis zu bleiben.“

Trotzdem dem Reichstags-Abgeordneten **Holz** durch den Reichstags-Abgeordneten worden ist, daß seine Behauptung, er besäße auf einem Gute von 400 bis 600 Mark Grundsteuer jahraus jahrein 100 Arbeiter, nunmehr zurecht kommen, hat Herr Holz diese Behauptung in der Sitzung vom 22. Mai ausdrücklich aufrecht erhalten. Wir haben uns die Mühe gemacht, die Verhältnisse näher zu untersuchen und sind dabei zu dem Schluss gekommen, daß Herr Holz sich in einem starken Irrthum befindet.

Nach dem **Parlaments-Almanach** besitzt Herr Holz das Gut Berlin im Kreise Marienwerder. Aus dem von dem königlichen statistischen Amt herausgegebenen Gemeindelexikon für Westpreußen ergibt sich, daß dieses Gut einen Flächeninhalt von 578 Hektar (etwa 2300 Morgen) hat und zu einem Grundsteuerertrag von 5232,84 Mark veranlagt ist. Berechnet man die Grundsteuer mit 10 pCt. vom Reinertrag, so würde dieselbe 523 Mark für das ganze Gut, also pro Morgen bei einem durchschnittlichen Reinertrag von ca. 2 Mark 50 Pf. nur 25 Pf. betragen. Es wird jedem Landwirth einleuchtend, daß ein Gut von der Bodenbeschaffenheit wie Berlin für die hiesigen Verhältnisse nicht im Stande sein würde, auch nur die Produktionskosten zu tragen, wenn 100 Mann Jahr ein Jahr aus zur Bewirtschaftung erforderlich wären.

Wenn man den Tagelohn eines jeden Arbeiters auf die gewöhnlich hohe Summe von 1 Mark veranschlagt, so würde die ganze, für das Gut erforderliche Arbeitskraft ca. 30.000 Mark pro Jahr beanspruchen. Dazu kommen noch alle anderen Produktionskosten und die jedenfalls sehr erhebliche Last der Hypothekenzinsen. Dem Herr Holz hat selbst bekannt, daß die Weiser gegen das Gut von 20.000 bis 30.000 Mark Eigenthum an ihrem Gute haben.

Herr Holz ruft den Fürsten Hatzfeld zum Zeugen auf. Letzterer hat von einem Gute gesprochen, welches bei einem Flächeninhalt von 1500 Morgen hat 400 Morgen Weide 427 Morgen 45 Bg. Grundsteuer zahlt. Er jagte: „Auf dem Gute werden gewöhnlich 33 Männer als Knechte, Lehngärtner u. s. w., von diesen 33 Männern sind 27 verheiratet, deren Frauen sämmtlich arbeiten und täglich beschäftigt werden

müssen. Insekten werden für den Sommer nach 4 bis 8 Mann angenommen und durchschnittlich etwa 70 fremde Frauen auf dem Gute beschäftigt; das macht also eine Rechnung von täglich 93 Leuten, welche jahraus jahrein auf dem Gute arbeiten.“

Demgegenüber möchten wir fragen, wer denn, wenn die 27 verheirateten Frauen sämmtlich auf dem Gute arbeiten, in den Familien die Wirtschaft führt, wer kochen und wer die Kinder bezeugen soll? Daß ab und zu fremde Arbeiter zur Anshilfe tageweise auf dem Gute beschäftigt werden, geben wir zu; daß aber für den Sommer 70 fremde Arbeiterinnen ständig dort arbeiten, müssen wir bezweifeln. Kurzum, wir halten die Angaben des Fürsten Hatzfeld ebensov wenig für richtig, wie diejenigen des Abgeordneten Holz und können nur annehmen, daß dabei ein sehr starker Irrthum unterlaufen ist.

Die vom „Berliner Tageblatt“ gebrachten **Andeutungen**, als habe in hiesigen Regierungskreisen die Absicht bestanden, für die Kohlenreviere Westfalens den **Verlagerungsplan** zu proklamiren, sind vollständig erfunden.

Die Nachricht, daß der **Oberpräsident von Westfalen**, Herr von **Sagewitz**, seinen Abschied erheben und erhalten hat, wird uns mit dem Bemerkung bekräftigt, daß der Unterstaatssekretär von Elsaß-Lothringen Sturt zu seinem Nachfolger ernannt ist. (Siehe auch Telegramm.)

Die für die Monate April, Mai und Juni erscheinenden **„Mittheilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen“**, herausgegeben von Dr. W. Beumer, bringen ein reichhaltiges Material zur Beurteilung der verschiedenen, unser Wirtschaftsleben augenblicklich berührenden Fragen. Die Verwendung der Ueberflüsse der preussischen Staatsbahnverwaltung, der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs, die Abänderung des Markenstempelgesetzes, die Erhebung des Zifferungssystems von 1/2 Prozent, die Besteuerung der Lager von Agenten u. s. w. finden hier durch ein aufmerksam zusammengestelltes Material ihre entsprechende Beleuchtung. Von historischem Interesse ist ein eingehendes Referat über die Verhandlungen des Centralverbandes vom 30. März d. J. über die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter, in welchem die verschiedenen Ansichten des Geh. Raths Jense eine übersichtliche Wiedergabe finden. Mittheilungen aus den Bezirksvereinsberathungen Hannover und Köln, Aenderungen im Eisenbahntarifwesen, Vermischtes (Hausindustrie und Hausgewerbe, die britische Baumwollen-Industrie im Jahre 1888, der Nutzen der Weltausstellungen), sowie eine reichhaltige Büchersektion schließen das umfangreiche Heft ab, welches wiederum von der vielseitigen Wirksamkeit des wirtschaftlichen Vereins Zeugnis ablegt.

Die **paarweise Paritätstheorie** will nicht recht vom Fleck kommen. Ministerpräsident Sagasta will die Tagung des Cortes nicht eher wieder eröffnen, bis die aus den Konföderativen und den dissentierenden Liberalen bestehende Kammerminorität auf ihre obstruktionistischen Neigungen Verzicht geleistet haben wird, wozu letztere aber bis jetzt noch nicht die geringste Lust bezeigt. Es fragt sich nun, wer von beiden es am längsten aushält. Immer klarer tritt übrigens hervor, daß die Verhinderung der parlamentarischen Lage nicht sowohl auf sachlichen Gründen, als auf den Regungen des ehrgeizigen Strebens der Radikalen beruht, welche Herr Sagasta aus Amt und Würden verdrängen möchten und sich zu diesem Behufe mit dem Führer der Konföderativen, Herrn Canovas del Castillo, verbündet haben. Dieser vertritt selbst keine Gesinnungsgenossen, sondern eine Sache, welche sich lebhafter Sympathien im Volke erfreut, aber desto heftigeren Antipathien seitens der jetzigen Kammerminorität begegnet. Die natürliche Taktik gebietet daher den Konföderativen, den im Schoße der gegenwärtigen Parteien ausgebrochenen Zwiespalt sich ruhig weiter entwickeln zu lassen, bis ihre eigene Stunde geschlagen haben wird. Mit dem Antrag auf Erhebung der Getreidezölle hatte Herr Canovas den Zankapfel unter die Liberalen geworfen, von denen ein großer Theil selbst kühnlos gestimmt ist, aber im Augenblick der Abstimmung nicht den Muth seiner Meinung fand. Doch der Riß in der Majorität ist nun überbrückt, nicht beseitigt worden. Die tumultuarischen Szenen, welche Herr Sagasta, wenn er Schimmerern vorbeugen wollte, zur Verhinderung der Kammer nöthigten, deuten zur Genüge an, daß die in wirtschaftlichen Dingen von dem liberalen Programm der Liberalen dissentirenden Mehrheitsmitglieder das Opfer ihres Intellekts nicht unwillig gebracht haben wollten, sondern auf nicht Gerüthetes ansetzen, als Herr Sagasta zu verdrängen und einen der Ihrigen, eben den Kammerpräsidenten Martos, an dessen Stelle zu bringen. Es scheint, daß zu diesem Behufe ein definitives Abkommen zwischen den liberalen Dissidenten und den Konföderativen getroffen worden ist, welche letzteren die Ministerpräsidenten Martos natürlich nur als eine Etappe auf dem Wege der eigenen Rückkehr ins Amt betrachten. Die Mittel, welche Herr Sagasta zur Durchführung des gegen ihn geplanten Manövers zu Gebote stehen, sind nun ziemlich beschränkt und gipfeln in dem politischen Reformprogramm mit der Einführung des allgemeinen Stimmrechtes als Haupt- und Schlußstück. Er kann und will aber diesen Trumpf nicht eher ausspielen, als bis er seines Effekts nicht nur im Parlament, sondern auch in der öffentlichen Meinung des Landes sicher ist, und da sieht man, wie schon wiederholt betont, die wachsende Gleichgültigkeit des Volkes gegen alle Fragen der abstrakten Politik, das immer stärker auftretende Verlangen nach einer zeitgemäßen wirtschaftlichen Reform hindern im Wege. Selbst die überzeugtesten Organe der Regierungspolitik können nicht umhin, kopfschüttelnd zuzugeben, daß eine Eröffnung ausgeprochenster wirtschaftlicher „Reaktion“ durch das Land gehe, und haben nur den Trost, daß bis 1892, dem Ende der gegenwärtigen Handelsverträge, eine Aenderung der spanischen Wirtschaftspolitik ausgeschlossen sei, daß aber bis dahin die protektionistischen Neigungen wohl wieder „gefrühen“ Anschauungen im Volke Platz gemacht haben dürften.

Eine Sitzung der **Samoa-Konferenz** findet heute Nachmittag um 3 Uhr statt. In einigen Blättern wurden in den letzten Tagen

Mittheilungen über den Inhalt der Verhandlungen gebracht, dahin gehend, daß die letzteren in jüngster Zeit einen weniger befriedigenden Verlauf nähmen. Da die Mitglieder der Konferenz sich zur Geheimhaltung verpflichtet haben und an eine Indiskretion selbstverständlich nicht zu denken ist, so ist entweder anzunehmen, daß die Mittheilungen jener Blätter auf mehr oder weniger geschätzten Kombinationen beruhen oder aus solchen (auswärtigen) Quellen stammen, welche in die Verpflichtung der Verschwiegenheit nicht eingeleitet sind.

Die von den betreffenden Ressortministern zur Begutachtung der wirtschaftlichen Tragweite des Projekts einer **Kanalisation der Mosel, Saar und Zahn** angeordnete Zusammenkunft sämtlicher dabei Betheiligter zu Köln ist auf den 22. August d. J. verschoben worden.

Der Reichstags-**Fürst von Bismarck**, die Frau Fürstin und Graf Wilhelm von Bismarck haben sich heute Mittag nach Schönhofen begeben. Die Rückkehr nach Berlin dürfte morgen Abend oder übermorgen Mittag erfolgen.

In Folge des **westfälischen Massenstreiks** wird vielfach böhmische Braunkohle in das bisherige Elsaß- und Verbruchsgebiet der westfälischen Steinkohle verfrachtet. Besonders in Süddeutschland soll sich eine sehr erhebliche Nachfrage nach böhmischer Braunkohle entwickeln und ein bedeutender Verfracht dieses Brennstoffes gegenwärtig auf den bairischen und sächsischen Bahnen stattfinden.

Die **projicirte englische Flottenvermehrung** unterliegt gegenwärtig der Prüfung des Hauses des Lords. Wenn schon im Unterhause Ministerielle und Gladstoner sich zur Annahme der betreffenden Bill vereinigten, so wird dieselbe im Oberhause erst recht nicht auf Widerstand stoßen, und Großbritannien mag sein Nationalgefühl immerhin schon im Voraus mit dem Gedanken erweisen, daß nach Durchführung des Flottenvermehrungsprogramms England zur See stärker sein wird, als irgend welche zwei andere Staaten, mit Ausnahme der Kombination Deutschland-Frankreich. Indes diese Sorge läßt der Premierminister Lord Salisbury sich nicht anheilen, und mit Recht wenig oder gar nicht anheilen. Wunder passiven heutzutage nicht mehr, daher die Phantasie einer deutsch-französischen Koalition wie billig außer Aufsat bleibt. Der Zeitraum von fünf Jahren, der wenn die Flottenbill im Oberhause glatt durchgeht, den Engländern zur Vollendung des maritimen Reorganisationswerkes verfügbar bleibt, gewährt dem leitenden Staatsmanne des Inselreichs nur eine sehr fragwürdige Grundlage seiner politischen Zukunftsrechnung, trotzdem er als Mann vom Rang wohl in der Lage ist, die Abwägung aller europäischen Herrscher gegen Herausforderung kriegerischer Verwickelungen ermessen zu können. Aber selbst die ernstesten und aufrichtigsten Friedenswörter der Herrscher wegen ihrer Umstände freierläßt — und diese Umstände können jeden Augenblick eintreten — so sprach sich wenigstens Lord Salisbury im Oberhause und, indem er betonte, daß die finanzielle Last, den überall in Europa getroffenen Vorbereitungen sich selbst schon eine Gefahr für den Frieden sei, weil sie manche Nation zum Kriege zwingen können. England steht nun zwar außerhalb des Wirkungsbereiches der auf dem europäischen Kontinent sich freiziehenden Anziehungs- und Abstoßungskraften, aber nicht außerhalb der Gefahr, den dieser hochgradigen Spannungszustand der internationalen Atmosphäre weit um sich her verbreiten zu lassen. Lord Salisbury will sich nicht zum Propheten einer unmittelbar bevorstehenden Katastrophe aufwerfen, allein das England von einer permanenten Gefahr bedroht wird, daß es mit dem Beginn seiner Rüstungen vielleicht schon zu lange gewartet hat, das, sagte der englische Premier am Montag im Unterhause mit dürren Worten, deren logische Konsequenzen, auch nach Abzug des für die oratorische Augenblendeinwirkung berechneten Pathos, nicht wohl abgelenkt werden kann. Und es ist vielleicht gut so, denn der weidmüthige Gang, vor dem Ernst des Lebens das Auge zu schließen, herrscht in viel zu zahlreichen Kreisen vor, als daß zeitweise Mahnungen von berufener Seite nicht vollumfänglich am Platze sein sollten.

Zu dem im Auftrage des Reichsamts des Innern herausgegebenen **Verzeichniß der im deutschen Reich geschäftlichen Waarenzeichen** ist der Ergänzungsband für 1888 erschienen. Wie wir oben, ist noch immer nicht die genügende Anzahl Abnehmer vorhanden, um das Weiterverbreiten dieses für unseren Handelsstand hochwichtigen und eigentlich schon mit Rücksicht auf die eventuelle drohende Prozesse wegen unbewußter Nachahmung von Marken für ihn unentbehrlichen Werkes sicher zu stellen. Der Ergänzungsband für 1889 wird am Ende des ersten Quartals 1890 herausgegeben werden und darf nunmehr wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß bis dahin das Werk durch eine regere Betheiligung gesichert wird.

Bekanntlich hat die Nachricht einer Reise des Königs von Italien nach Straßburg die französische Presse in einen jener Wuthparoxysmen versetzt, an die die Welt nachgerade gewöhnt hat und die nirgends erste, in Deutschland so gut wie gar keine Beachtung mehr finden. Wir erwähnen desselben nur, weil wir es für richtig halten, bei dieser Gelegenheit einer der von den Franzosen so beliebten Legenden-Bildungen entgegenzutreten.

Die „**Kantone**“ schreibt über jenen angeblich beabsichtigten Besuch: „Der Sohn Viktor Emmanuel, desselben Königs, für den die Franzosen Mailand und die Lombardie befreit haben, begibt sich nach Elsaß-Lothringen in der Absicht, die freigebliebenen deutschen Truppen keine passiven zu lassen und auf diese Weise die besiegten Franzosen zu erniedrigen. Die Beleidigung, die hierdurch einer amnestirten Bevölkerung durch einen Monarchen zugefügt wird, für den die Elsaß-Lothringer, als sie noch zu Frankreich gehörten, ihr Blut vergossen haben, zeigt nicht nur von Mangel an Takt, sondern von vollständiger Herzlosigkeit.“

Es gehört französische Unverschämtheit und auch französische Unwissenheit dazu, um so zu schreiben und durch derartige Phrasen leichtgläubige und ungebildete Leser hinter sich zu führen. Jeder Gedanke und jedes Wort in den Auslassungen des französischen Blattes hat den Tabakstand für einen falschen Dialekt dar. Nicht

„die Franzosen“ haben den französisch-österreichischen Krieg gewollt, der zu den österreichischen Gebietsabtretungen an Italien geführt hat. Gegen den Willen Frankreichs hat Napoleon jenen Krieg ins Werk gesetzt und erst nachdem derselbe ein erfolgreicher gewesen war, hat sich die Entschließung des französischen Volkes mit den französischen Intentionen identifizirt, gerade wie sie dies im Jahre 1871 gethan haben würde, wenn ihr damaliger Kaiser, der seit seinem Niederlagen mit wahrhaft unflätigen Beschimpfungen seitens der Franzosen überhäuft worden ist, als Sieger aus dem Kriege gegen Deutschland hervorgegangen wäre. — Den Dank, zu dem Frankreich Italien heute verpflichtet möchte, war das Königreich einzig und allein dem französischen Kaiser schuldig, und ganz abgesehen davon, daß es diese Schuld durch die Ueberlassung zweier herrlicher Provinzen an Frankreich mit wahrhaften Wundern begah, ist zu bemerken, daß der Tod des Kaisers Napoleon, dessen Regierung das heutige Frankreich aus seinen Annalen fortstreichen möchte, jede, auch die geringfügigste moralische Verpflichtung Italiens dem französischen Volke gegenüber weggemacht hat.

Welche Motive Napoleon veranlaßten, die italienischen Ansprüche auf Mailand und die Lombardie seiner Zeit zu begünstigen, ist bisher noch nicht genügend aufgeklärt. Möglich ist es, daß der Kaiser auf diese Weise gewisse ältere Versprechungen, die noch von der Zeit des Orléanischen Attentats herrühren mochten, eingelöst hat; wahrscheinlich, daß er durch die Dankschuld der Italiener einen, das benachbarte Land in ein Vasallen-Verhältnis zu Frankreich bringen wollte. Dem italienischen Volke zu Liebe hat aber der französische Kaiser ebenso wenig etwas gethan, wie das französische Volk, um das, worauf Italien heute vor Allem stolz sein darf und ist, die Einigung Italiens, ist Frankreich stets ein Greuel gewesen. Was von Frankreichs Seite her geschehen können, um das Werk Cavour's, Garibaldi's und Cressis zu vereiteln, das ist in einer Weise geschehen, die in Italien unvergessen geblieben ist und für die das italienische Volk dem französischen Volke sicher etwas ganz anders als Dank schuldet.

Und so zerfallen denn die hohen französischen Phrasen, die wiederum durch die französische Presse getrieben haben in Nichts — gerade so wie sie auf einem Nichts aufgebaut waren.

Aus **Genoa** schreibt man der „**Post**“ unter dem 24. Mai über **Kunstreue gegen die Königsreise**:

Nachdem die republikanische Partei in Genoa durch ihr Organ („**Epoca**“) erklärt hatte, in Form von Telegrammen und Briefen der radikalen Vereine an das französische Volk, bezw. an den Präsidenten der dortigen Republik, ein großartiges Gegenemblem gegen das deutsch-italienische Bündnis in Szene setzen zu wollen, hat schließlich diese Gegenemblemaktion sich in Genoa auf eine einzige, von einem unbekannten Vereine ausgegangene Depeche beschränkt. Auch von anderen Städten liegen keinerlei beachtenswerthe Manifestationen vor. Die „**Epoca**“ muß sich damit begnügen, neben ihren gewöhnlichen Schmähs- und Sensationsartikeln ein Notiz aus Mailand wiederzugeben des Inhalts, daß das Komitee der radikalen Vereine eine Adresse an das deutsche Volk gerichtet hat, in welchem letzteres im Namen der Gleichheit und unter jedem Zusammenhange mit irgend einer diplomatischen Verbindung als „**Bruder**“ begrüßt wird. Die Adresse ist bescheidender Weise an die deutschen Abgeordneten (Knecht, Weh) und Richter gerichtet, als die speziellen Vertreter des deutschen Volkes!

Mex, 28. Mai. Nachdem die **Ergebnisse der für den zurückgetretenen Reichstags-Abgeordneten Antoine** endgültig für den 26. Juni angelegt ist, dreht sich im Stadt- und Landkreise Mex selbstverständlich das gesamte Tagesinteresse um die aufzustellenden Kandidaturen. Gleich beim Bekanntwerden der Absicht, daß die Regierung für den kurzen Rest der gegenwärtigen Reichstagsperiode eine Neuwahl anordnen wollte, trat unter der eingewanderten Wählerschaft die bestimmte Aussicht zu Tage, diesmal, ohne einen Ausgleich mit den einheimischen Wählern zu versuchen, einen altdeutschen Kandidaten aufzustellen. Damit ist denn wohl auch das Richtige getroffen. Gleichwohl wird man gut thun, um sich vor Enttäuschungen zu bewahren, eine recht nichterliche Auffassung der Sachlage eintreten zu lassen und sich namentlich davor zu hüten, an einen allgemeinen „**Umschwung in den Gesinnungen**“ der einheimischen Wähler zu glauben. Derartige, bereits wieder in der altdeutschen Presse aufgetauchten Ansichten sind rein persönlicher Natur und meist darauf zurückzuführen, daß in engem Kreise gemachte glänzende Erfahrungen auf die Gesamtheit übertragen werden. Tatsächlich liegt die Sache so, daß im Stadtkreise die eingewanderten Wähler in der Mehrheit sind, einem altdeutschen Kandidaten also selbst dann die Mehrheit gesichert bleibt, wenn er bei den Einheimischen keine Unterstützung findet, alles dies unter der Voraussetzung, daß die altdeutsche Bevölkerung einmüthig zusammenhält. Anders liegt die Sache im Landkreise, der bei allen Wahlen den Ausschlag giebt, wie aus dem Ergebnisse der Reichstagswahl vom 21. Februar 1887 hervorgeht. Mit Ausnahme eines einzigen, vorherrschend von Altdeutschen bewohnten Vorortes der Stadt Mex haben sämmtliche 153 Landgemeinden sich zu Gunsten des extremen Protektors Antoine erklärt. Die auf den gemäßigten Kandidaten Runkler entfallenden Stimmen entsprechen vielfach nicht einmal der Zahl der Gemeinderathsmitglieder; einzelne Ortsgemeinden gingen sogar geschlossen für den Protektor zur Urne. Daß in nicht viel mehr als zwei Jahren sich ein vollständiger Umschwung zu Gunsten des Deutschlands vollzogen habe, ist nicht wohl anzunehmen. Wohl aber erscheint die Annahme berechtigt, daß mit der Ablenkung des französischen Einflusses das Landvolk ruhigeren Erwägungen zugänglich sein wird. Die Hauptentscheidung ist damit in die Hände der Geistlichkeit gelegt. Nach dieser Seite hin ist das Ergebnis der Reichstagswahl vom 28. Oktober 1884 besonders lehrreich. Damals brachte es der von der Geistlichkeit unterstützte Kandidat Abbe Jacques bereits auf 7267 Stimmen, während Antoine deren 8898 auf sich vereinigte. Die Kandidatur Runkler kam daher als ein glücklicher Griff angesehen werden,











